

Beschlussvorlage		Drucksachen-Nr.: X/2023/078
Kreisausschuss	nicht öffentlich	27.06.2023
Kreistag	öffentlich	28.06.2023

Tagesordnungspunkt

Übertragung der Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz auf das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich

Beschlussvorschlag:

Die Aufgaben nach dem Hinweisgeberschutzgesetz werden mit Wirkung vom 02.07.2023 auf das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Aurich übertragen.

Sach- und Rechtslage:

Am 02.07.2023 tritt das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) in Kraft. Damit setzt der deutsche Gesetzgeber die EU-Whistleblower-Richtlinie um. Ziel des Gesetzes ist, dass hinweisgebende Personen, sogenannte Whistleblower, einfacher und ohne Angst vor Repressalien auf Rechts- und Regelverstöße in Unternehmen und Behörden aufmerksam machen können. Kern des Gesetzes ist die Einrichtung von Meldestellen in Unternehmen und Behörden, an die sich hinweisgebende Personen werden können, wenn sie im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld Informationen über Verstöße erlangt haben.

Beim Landkreis Aurich wird für die interne Meldestelle ein entsprechendes Formular im Intranet zur Verfügung gestellt, eine zentrale E-Mail-Adresse und eine separate Telefonnummer eingerichtet, die von Hinweisgebern genutzt werden können. Damit stehen drei Meldekanäle zur Verfügung. Die Bearbeitung bzw. Erledigung der Hinweise kann über die gleichen Meldekanäle dem Hinweisgeber wiederum mitgeteilt werden.

Ergänzend sieht das Gesetz die Möglichkeit einer externen Meldestelle vor. Zu diesem Zweck errichtet der Bund beim Bundesamt für Justiz die externe Meldestelle des Bundes. Auch beim Land ist die Einrichtung einer externen Meldestelle vorgesehen.

Die interne Meldestelle wird hier im Hause im Rechnungsprüfungsamt angesiedelt. Das Rechnungsprüfungsamt bietet sich dafür an, da es sachlich unabhängig und organisatorisch vom übrigen Zuständigkeitsbereich des Landkreises getrennt ist.

Für die Beauftragung ist gem. § 155 Abs. 2 NKomVG ein Beschluss des Kreistages erforderlich.

Erstellungsdatum: Unterschrift
21.06.2023 In Vertretung
gez. Flohr